



Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Isabell Zacharias SPD**
vom 20.10.2015

Zahl der Studienplätze am Uniklinikum Augsburg

Bis 2018 soll das Klinikum in Augsburg in eine Universitätsklinik umgebaut werden, deshalb frage ich die Staatsregierung:

1. Wie viele zusätzliche Studienplätze für Medizinstudenten entstehen?
2. Wie viel zusätzliches Geld ist für die Studienplätze am Uniklinikum Augsburg eingeplant?

Antwort

des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst
vom 11.11.2015

Die Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Isabell Zacharias vom 20. Oktober 2015 betreffend die „Zahl der Studienplätze am Uniklinikum Augsburg“ wird wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung:

Auf Antrag des Freistaats Bayern begutachtet derzeit der Wissenschaftsrat das Konzept für den Aufbau einer Universitätsmedizin in Augsburg. Mit einer Entscheidung des Wissenschaftsrats wird für den Sommer 2016 gerechnet. Ein positives Votum des Wissenschaftsrats einschließlich der Berücksichtigung ergänzender Empfehlungen aus der Begutachtung ist Grundvoraussetzung für den Aufbau der Universitätsmedizin. Die Umsetzung des Konzeptes wird im Rahmen der durch den Haushaltsgesetzgeber bereitgestellten Mittel und Stellen erfolgen.

Zu 1.:

Es ist ein stufenweiser Aufbau der Anzahl von Studierenden geplant. So soll in den ersten Jahren – in Anbetracht der anfänglichen räumlichen und personellen Einschränkungen – nach den bisherigen Überlegungen mit jeweils 84 Studierenden begonnen werden. Im Endausbau wird eine Anzahl von jährlich rund 250 Studienanfängern angestrebt, was eine Gesamtstudierendenzahl von ca. 1.500 Studierenden bedeuten würde.

Zu 2.:

Für den Aufbau einer Universitätsmedizin in Augsburg werden zusätzliche Mittel bereitgestellt.

Für die Aufbauphase in den ersten sechs Jahren wird von einem geschätzten laufenden Mittelbedarf für die neue Medizinische Fakultät von bis zu rund 70 Millionen Euro pro Jahr für Stellen und Sachmittel ausgegangen. Im Endausbau ist mit einem jährlichen Mittelbedarf in Höhe von bis zu etwa 100 Millionen Euro zu rechnen.

Anzahl und Höhe der bereitgestellten Stellen und Mittel bleibt künftigen Haushaltsverhandlungen vorbehalten.